

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Blume-Brake	FGLin Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Ernst	Personalrat Verwaltung	öffentlicher Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung
Frau Ullmann	FBLin Sicherheit und Ordnung	TOP 2.
Herr Giller	Jurist	gesamte Sitzung
Herr Güne	FG Brandschutz	TOP 2.
Herr Krämer	Büroleiter Büro OB	gesamte Sitzung
Herr Leonhardt	Gesamtpersonalrat	öffentlicher Teil
Herr Pöcker	FGL Brandschutz	TOP 2
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Stadtrat Danny Przysmbor	TOP 5.
Stadträtin Petra Rank	TOP 5.
Stadtrat Mirko Rust	TOP 5.
Stadträtin Uta Seidel	TOP 5.
Stadtrat Bernd Stubenrauch	TOP 5.
Frau Schott, Freie Presse	Berichterstattung, öfftl. Teil

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.06.2021
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 30.06.2021
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Information

- 2.1. 1. und 2. Befassung zur weiteren Mitwirkung der Berufsfeuerwehr im Rettungsdienst
Drucksachennummer: 0438/2021
1. Lesung
3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 17. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion, und Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 17. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.06.2021

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 15. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.06.2021 - öffentlicher Teil- fest.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 30.06.2021

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 16. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 30.06.2021 - öffentlicher Teil- fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

keine

2. Information

**2.1. 1. und 2. Befassung zur weiteren Mitwirkung der Berufsfeuerwehr im Rettungsdienst
Drucksachenummer: 0438/2021 -1. Lesung-**

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt den Ausschussmitgliedern eine kurze Stellungnahme zum TOP abzugeben, sowie im Nachgang die Beratung in den Fraktionen.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, teilt mit, dass bis 30.11.2021 ein entsprechender Antrag zum Verbleib im Rettungsdienst bei Rettungszweckverband gestellt werden muss. Sie gibt im Rahmen einer Präsentation (siehe Anlage) Einblicke in die derzeitige Altersstruktur sowie den Stand an vorhandenen Rettungs- und Notfallsanitätern. Sie erläutert die Problematik der unterschiedlichen Eingruppierungen der Sanitäter und der Feuerwehrleute. Sie stellt drei Lösungsvarianten vor. Sie merkt an, dass bei Fortführung der Rettungsdienstleistungen im Falle der nicht ordnungsgemäßen Besetzung der Rettungswagen Schadenersatzansprüche drohen.

Variante A betrachtet den Verbleib im Rettungsdienst und Einsatz der Notfallsanitäter ausschließlich dafür. Sie nennt Gründe, dass diese Variante auf Grund von Personalmangel und ungünstigen tarifrechtlichen Regelungen nicht umsetzbar ist. Sie gibt dafür Mehrkosten in Höhe von 545 TEUR bis Ende 2026 und ab 2027 jährlich in Höhe von 27 TEUR an.

Variante B betrachtet den Verbleib im Rettungsdienst und Einsatz wie bisher. Sie erläutert die Auswertung der Befragung der Wachabteilungen zur Fortbildungsbereitschaft (*siehe Vorlage Tabelle Seite 6*). Hierbei sind die Zeitanteile der einzelnen Aufgaben strikt einzuhalten und könnten zu Problemen führen. Auch hier wird das Stellenüberangebot kritisch gesehen. Zudem würden bei Einstellung von Notfallsanitätern Zusatzkosten für die Ausbildung zum Brandmeister entstehen. Von Seiten der Verwaltung wird diese Variante auf Grund der steigenden Arbeitsbelastung, der eventuellen Umstellung des Dienstsystems und des Fachkräftemangels ebenfalls als nicht durchsetzbar erachtet.

Favorisiert wird die Variante C, der Ausstieg aus dem Rettungsdienst. Dadurch würden jährlich durch Wegfall der Erstattungen, Kosten in Höhe von 410 TEUR entstehen. Freiwerdende Stellen könnten den Löschzug aufstocken oder abgebaut werden. Sie gibt zu bedenken, dass hier weder die Qualität des Brandschutzes noch des Rettungsdienstes leidet.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Entscheidung noch offen ist und die Vorlage im Stadtrat im November zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Er empfiehlt die entsprechenden Diskussionen nicht zum heutigen Ausschuss, sondern anschließend in den Fraktionen zu führen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sieht die Privatisierung einer hoheitlichen Aufgabe kritisch. Er merkt an, dass private Unternehmen durchaus in der Lage sind mit diesen Gegebenheiten, im gesetzlichen Rahmen, unter Auflagen diese Aufgaben wahrzunehmen und Gewinn zu erwirtschaften. Er spricht sich erneut dafür aus, eine Leistung der Grundversorgung in öffentlicher Hand zu belassen. Er teilt mit, dass Recherchen ergeben haben, dass die Problematik auch in anderen sächsischen Kommunen besteht und die Übergangsfristen verlängert werden sollen und auch werden. Er sieht mehr Fortbildungspotenzial bei den Kameraden der Berufsfeuerwehr. Seine Fraktion spricht sich für den Verbleib im Rettungsdienst aus.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass die Probleme daraus resultieren, dass jahrelang Fortbildungen versäumt wurden. Seiner Meinung nach sollen diese Versäumnisse mit dem Ausstieg kompensiert werden. **Zum angesprochenen Fachkräftemangel möchte er wissen, wie private Unternehmen im Rettungsdienst Fachkräfte akquirieren bzw. den Fachkräftemangel kompensiert und die gesetzlichen Fristen einhalten.** Er sagt eine entsprechende Abstimmung seiner Fraktion zu dieser Vorlage mit Frau Wolf und Frau Ullmann zu.

Frau Ullmann kann die Frage von Stadtrat Schmidt derzeit nicht beantworten.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine Nachfrage bei den privaten Trägern sowie eine Beantwortung zu.

Herr Wolfgang Schmidt, sachk. Einwohner CDU-Fraktion, sieht die Privatisierung ebenfalls kritisch und bemängelt, dass bei den Lösungsvarianten nur die Probleme dargestellt werden. Er bittet, dass echte Lösungsvorschläge im Sinne der Stadt bzw. der Bürger unterbreitet werden sollten.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, spricht sich vorbehaltlich der abschließenden Befassung seiner Fraktion für den Ausstieg aus dem Rettungsdienst aus.

Oberbürgermeister Zenner sieht keine weitere Wortmeldung mehr.

3. **Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass am Wochenende Verunreinigungen durch Graffiti u. a. an der Friedensbrücke durch linke Gruppierungen verursacht wurden. Er möchte wissen, was die Stadt dagegen unternimmt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass dafür der KPR verantwortlich ist, welcher sich präventiv mit der Angelegenheit beschäftigt. Natürlich wird sich die Stadtverwaltung auch um die Beseitigung kümmern.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den 21.09.2021

Plauen, den

Kristin Martin
Schriftführerin

Thomas Fiedler
Stadtrat